

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Auftrag von Frau Zaoralek, stellvertretende Pressesprecherin, darf ich Ihnen unsere Stellungnahme zu dem Artikel "Neue Signale aus dem Ministerium" im Riedlinger Lokalteil der Schwäbischen Zeitung vom 29. Oktober zuleiten.

In dem Artikel heißt es:

"Positive Signale beim Thema Gesundheitsversorgung in Riedlingen hat Bürgermeisterkandidat Wolfram Jänisch aus dem Sozialministerium erhalten. Jänisch, der sich vor gut einem Jahr bei der BI engagierte, hat mit zuständigen Personen im Sozialministerium gesprochen. Von dort habe er die Zusage erhalten, dass sich das Land an Investitionskosten für stationäre Strukturen in Riedlingen beteiligen würde."

Dazu stellen wir fest:

Am 23. Oktober hat im Sozialministerium ein Gespräch zwischen Mitarbeitern des Ministeriums und Vertretern der BI für den Erhalt des Krankenhauses in Riedlingen über die Zukunft der dortigen medizinischen Versorgung stattgefunden. Sowohl in dem Gespräch als auch im Anschluss an das Gespräch ist es von Seiten des Ministeriums zu keinerlei Zusage hinsichtlich einer wie auch immer gearteten Beteiligung an Investitionskosten für stationäre Strukturen in Riedlingen gekommen.

In dem Gespräch wurden verschiedene, theoretisch mögliche Konzepte zur künftigen Gestaltung der Gesundheitsversorgung in Riedlingen diskutiert. Dabei hat die BI eine Idee für den möglichen Erhalt eines stationären Angebots in Riedlingen vorgestellt. Von unserer Seite aus festzuhalten ist, dass dem Sozialministerium weder hinsichtlich dieser Idee noch im Hinblick auf andere Ideen für Riedlingen bereits ausgearbeitete Konzepte geschweige denn konkrete Förderanträge vorliegen. Dies wäre jedoch der erste Schritt, um von Landesseite eine mögliche Förderung überhaupt prüfen zu können. Ein solcher Antrag kann nur von dem Träger eingereicht werden, der das medizinische Angebot bereit stellen will - also bspw. dem Träger eines Krankenhauses. Eine eventuelle Zusage einer Landesförderung kann und würde demzufolge auch immer zuerst gegenüber dem Antrag stellenden Träger ausgesprochen werden - und nicht gegenüber Vertretern einer Bürgerinitiative.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Altemüller
Leiter des Büros der Ministerin
Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren